CVP Stadt Zürich | Gemeinderatsfraktion

Fraktionserklärung vom 01. März 2017

Kritik der CVP vollumfänglich bestätigt

Der Statthalter von Zürich, Mathis Kläntschi, hat gestern das Ergebnis seiner aufsichtsrechtlichen Untersuchung zum Koch-Areal vorgestellt. In aller Deutlichkeit hat er die unhaltbaren Zustände angeprangert und insbesondere festgehalten, dass die auf höchster Verfassungsstufe festgehaltenen Grundsätze staatlichen Handelns wie das Legalitätsprinzip, das Gleichbehandlungsgebot und das Willkürverbot offensichtlich über eine lange Zeitdauer hinweg durch den Stadtrat verletzt wurden.

Die CVP hat in mehreren Fraktionserklärungen im vergangenen Jahr die aus ihrer Sicht unhaltbaren Zustände angeprangert und den Stadtrat aufgefordert, seine inakzeptable Toleranzpolitik gegenüber den Besetzern endlich aufzugeben und geltendes Recht durchzusetzen.

Die Ausführungen der aufsichtsrechtlichen Untersuchung bestätigen auch die bereits in unserer Fraktionserklärung vom 02. November 2016 angebrachte Kritik, dass Stadtrat Richard Wolff in dieser Angelegenheit wenig Fingerspitzengefühl an den Tag gelegt habe und er - wie bei seinem Amtsantritt 2013 von vielen befürchtet - für das Sicherheitsdepartement wenig geeignet sei. Diese Vermutung wurde nun in aller Klarheit bestätigt.

Wenn die Exekutive - wie gestern via Medienmitteilung - verlauten lässt, dass die Verfügung des Statthalters den Stadtrat auf seinem Weg bestärke, dann fragt man sich, ob er die Ausführungen des Statthalters wirklich gelesen und verstanden hat. Vielmehr zeigen diese auf, dass man beinahe von einem amtlich bestätigten Behördenversagen oder einem langen Sündenregister sprechen kann.

Die SP, welche dem Stadtrat gestern via Medienmitteilung sofort unterstützend zur Seite stand, behauptet ebenfalls ungerührt, dass sich die Politik des Stadtrates bewährt habe und der Bericht des Statthalters wenig Neues enthalte. Die Partei, die von sich sagt, sie sei für alle statt für wenige, hofiert weiterhin den Besetzern und behauptet, diese würden sich an die Regeln halten. Das Recht gilt offensichtlich bei der SP weiterhin nicht für alle. Realitätsverweigerung ist auch eine Politik - wenn auch eine schlechte!

Die CVP erwartet nun mit Nachdruck, dass die von Statthalter Mathis Kläntschi skizzierten Massnahmen unverzüglich und konsequent umgesetzt werden. Wir zählen dabei auch auf die umsichtige Politik des dafür zuständigen Stadtrates Daniel Leupi. Eine Räumung des Koch-Areals als letztes Mittel muss eine Option bleiben. Wir werden die weitere Entwicklung genauestens verfolgen und nicht ruhen, bis auch auf dem Koch-Areal die Rechtsgleichheit durchgesetzt ist. Das darf die Bevölkerung Zürichs von der Politik und insbesondere vom Stadtrat erwarten.

Auskünfte

- Markus Hungerbühler, Gemeinderat, Mitglied SK SID/V und Parteipräsident CVP Stadt Zürich – 078 717 17 77

- Karin Weyermann, Gemeinderätin und Fraktionspräsidentin – 079 456 19 37

Veröffentlicht am 01. März 2017